

# BESCHLOSSENE ANTRÄGE DES LANDESAUSCHUSSES AM 21. NOVEMBER 2015



**CDU** HESSEN

Lebendiges Hessen. Hier sind wir zuhause.



## Unser Zusammenleben in Deutschland und die Integration von Flüchtlingen – Zuzug begrenzen, Herausforderungen gemeinsam anpacken – Hessen handelt

Europa und Deutschland sehen sich einer bisher nicht gekannten Zuwanderung gegenüber, die Züge einer Völkerwanderung trägt. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Viele Schicksale der Flüchtlinge, die in unser Land kommen, sind tragisch und erschütternd. Als Bürgerinnen und Bürger unseres Vaterlandes bekennen wir uns zu den Werten unseres Grundgesetzes. Als Christdemokraten sind wir den christlichen Werten der Nächstenliebe und Barmherzigkeit gegenüber allen Menschen verpflichtet, gleich welcher Weltanschauung sie folgen oder welcher Religion sie angehören.

Es gehört daher zu unseren christdemokratischen Überzeugungen, den Menschen Schutz zu gewähren, die aufgrund politischer Verfolgung Zuflucht bei uns suchen. Allerdings müssen wir denen, die nicht verfolgt werden, deutlich sagen, dass sie in unserem Land nicht bleiben können. Wir müssen unterscheiden zwischen den Menschen, die Asyl in unserem Land suchen und denen, die ohne Verfolgungsgrund nach Deutschland kommen wollen. Wir gewähren Asyl als Nothilfe auf Zeit. Das entspricht unserer humanitären Verantwortung. Das Grundrecht auf Asyl ist kein Recht auf dauerhafte Zuwanderung und Einbürgerung. Gegenüber Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten stehen wir in der Verantwortung, dass sie gar nicht erst ihre Existenz in ihrer Heimat aufgeben, um für kurze Zeit zu uns kommen, ohne eine Bleibeperspektive zu haben. Die große Mehrzahl der Asylsuchenden hofft, in ihre Heimat zurückkehren zu können, wenn dort ein friedliches Leben wieder möglich ist. Daher ist das vordringliche Ziel, die Konflikte der Herkunftsländer zu entschärfen und Friedensprozesse einzuleiten. Gerade in Syrien müssen schnell politische Lösungen gefunden werden. Eine Zusammenarbeit mit Russland und der Türkei ist dabei unerlässlich. Wir setzen uns konsequent für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsstaaten ein. Dazu gehört auch, dass die wirtschaftsstarke Staaten der Welt ihrer Verantwortung in der Entwicklungshilfe und bei der Finanzierung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) gerecht werden. Die chronische Unterfinanzierung der grenznahen Flüchtlingslager in Jordanien, Libanon und der Türkei muss schnell beendet werden. Wir begrüßen die in diesem Zusammenhang von Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierten Gespräche der EU mit der Türkei, Russland, den Konfliktparteien in Syrien und den Staaten Afrikas.

Unsere Aufgabe ist es nunmehr, mit dieser für uns neuen Lage umzugehen, die Wirklichkeit zu sehen, Probleme zu erkennen, Sorgen ernst zu nehmen, Antworten zu geben und die aktuelle Ausnahmesituation in geordnete Bahnen zu lenken. Wir sind entschlossen, unseren Beitrag zu leisten, um die Zuwanderung durch wirksame Maßnahmen zu begrenzen. Unser Land darf nicht überfordert werden. Deutschland und Europa können das Leid der Welt nicht alleine schultern – weder können wir in Deutschland und Europa die Flüchtlinge aller Länder aufnehmen noch sind wir allein in der Lage, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu beseitigen. Dennoch sind wir nicht machtlos, sondern haben die Kraft und den Willen zu handeln. Uns leiten unser christliches Menschenbild, die Rechts- und Werteordnung unseres Grundgesetzes und das Wohl des deutschen Volkes.

Die derzeitige Zuwanderung ist die größte, die dieser Kontinent seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat; er ist eine Tatsache, mit der wir uns nun entschlossen auseinandersetzen und mit Klugheit und Tatkraft Lösungen entwickeln. Schon im Januar haben wir uns als CDU Hessen in Künzell auf die Richtschnur unserer weiteren Politik in der „Künzeller Erklärung“ verständigt und auch das Thema Flüchtlinge mit aufgenommen. In dieser Erklärung haben wir unsere humanitäre Verantwortung bekräftigt, aber auch unseren Wertekodex, dessen Achtung wir auch von denen einfordern, die zu uns kommen.

Heute wie damals stehen wir vor der Frage: Wie soll unser künftiges Zusammenleben aussehen? Und wer soll in unser Land kommen und auch hier bleiben dürfen? Im Jahr 2015 feiern wir als CDU das 70-jährige Jubiläum unserer Partei. Seit 70 Jahren ist unser Ziel, den Menschen in unserem Land durch unser Zutun die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine bessere Zukunft zu schaffen. Was uns ausmacht, halten wir schon in unserem Parteianamen fest. Das „C“ in CDU ist nicht willkürlich gewählt, sondern spiegelt unsere christlichen Wertevorstellungen wider. Auch als moderne Volkspartei halten wir an diesen Werten fest.



Ein harmonisches und respektvolles Zusammenleben der Menschen, die hier ihre Heimat haben, und derer, die zugewandert sind und nun Zuflucht suchen, kann nur gelingen, wenn alle die Werte und Gesetze dieses Landes, die hier geltenden Rechte und auch die Pflichten kennen und erfüllen. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Die Meinungs- und Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, die Trennung von Staat und Kirche und das Gewaltmonopol des Staates wurden in der Vergangenheit hart erkämpft und gehören unverbrüchlich zu unserer Ordnung. Wir wissen, dass unser freiheitlicher, säkularisierter Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Umso mehr wissen wir um die Bedeutung der unserer Ordnung zugrundeliegenden kulturellen, religiösen und geschichtlichen Fundamente. Unsere Geschichte fortzuschreiben und auf der Basis unserer Herkunft die Zukunft zu gestalten, ist eine besondere Herausforderung, wenn Zuwanderer aus fremden Kulturen zu uns kommen. Wir wissen, dass Zuwanderung unser Land verändert, aber sorgen dafür, dass unsere Identität erhalten und unsere freiheitlich-demokratische Werteordnung auch für die Zukunft unseres Landes maßgebend sein wird. Wenn viele sagen, dass die immense Anzahl an Flüchtlingen unser Land verändern werde, dann sagen wir: Wir werden diese Veränderung gestalten.

Ein erfolgreiches Miteinander ist nur möglich, wenn wir als Deutsche selbstbewusst unsere Leitkultur, unsere Werte und den Geist des Grundgesetzes artikulieren und mit Leben füllen. Diese Aufgabe ist nicht nur eine politische, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche. Der soziale und demokratische Rechtsstaat unseres Grundgesetzes ist nicht verhandelbar.

Deutschland und Europa können die Probleme in den Herkunftsstaaten nicht alleine lösen. Eine dauerhafte Befriedung eines Landes wird nur gelingen, wenn die dort lebenden Völker selbst ihre inneren und äußeren Konflikte beilegen und einhegen. Dabei müssen wir sie in unserem eigenen Interesse nach Kräften unterstützen. Weil das allein nicht ausreichen wird, um die Zuwanderung zu begrenzen, müssen wir auch die Grenzen Europas besser schützen und Fluchtanreize weiter vermindern. Unser Ziel muss es sein, dass die Menschen, die unter Not und Verfolgung leiden, in ihren Heimatländern und -regionen eine Zukunftsperspektive finden und auch in schwierigen Situationen an der Zukunft ihrer Heimatstaaten bauen statt nach Europa zu kommen. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel leistet hier einen unermüdlichen Einsatz, die Lasten Deutschlands zu begrenzen und die Fluchtursachen zu bekämpfen. Die CDU ist die Partei Europas. Wir stehen für die Europäische Einigung und die Freizügigkeit in Europa. Die Abschaffung der Grenzkontrolle innerhalb des Schengenraums ist eine große Errungenschaft, die unseren Bürgerinnen und Bürgern viele Vorteile gebracht hat. Diese Freiheit wollen wir sichern, indem wir die Außengrenzen konsequent schützen.

Für die, deren Asylantrag bewilligt wurde und die vorerst oder auch langfristig hier leben werden, müssen wir in unserem eigenen Interesse die Integrationsbemühungen verstärken, auch wenn uns das – auch finanziell – fordern wird. Integration ist die Voraussetzung dafür, Parallelgesellschaften zu verhindern und kulturelle und ethnische Konflikte zu minimieren. Sprach- und Integrationskurse nehmen dabei eine entscheidende Rolle ein. Ohne das Erlernen der Sprache kann Integration nicht gelingen. Ohne Investitionen in die Integration wird kein erfolgreiches gesellschaftliches Miteinander in Deutschland zu schaffen sein. Diese Angebote müssen verbessert werden. Zugleich muss es wirksame und spürbare Sanktionen geben, wenn Integrationsangebote nicht angenommen werden und gegen geltende Gesetze verstoßen wird.

Integration findet nicht nur in Kultur und Freizeit statt, sondern soll auch in der Arbeitswelt umgesetzt werden. Viele Arbeitsplätze können derzeit nicht besetzt werden. Gleichzeitig sind viele Flüchtlinge arbeitswillig. Wir müssen daher trotz aller Schwierigkeiten, die durch fehlende Sprachkenntnisse und Berufsqualifikationen bestehen, Flüchtlinge mit Bleibeperspektive so schnell wie möglich in Arbeit bringen. Deshalb muss der Zugang zum Arbeitsmarkt für diesen Personenkreis erleichtert werden. Dies gilt insbesondere in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit. In diesem Zusammenhang freuen wir uns über die Bereitschaft der Wirtschaft zu helfen. Die CDU fordert einen konkreten, auch finanziellen und materiellen Beitrag der Wirtschaft. Die Möglichkeit arbeiten zu können, gibt jedem Menschen das Gefühl, gebraucht zu werden. Zumal Arbeit und die daraus resultierenden Leistungen unsere Gesellschaft erst voranbringen.

Viele Erstaufnahmeeinrichtungen sind am Rande ihrer Kapazität. Viele Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Religionen leben dort auf engem Raum miteinander. Dass es dabei zu Konflikten kommen kann, ist erklärbar, rechtfertigt aber keine Ausschreitungen und Gewalt. Für uns gilt: Null Toleranz gegenüber Rassismus und ethnischen Konflikten in den Flüchtlingslagern. Deutschland ist bereit zu helfen. Wer hier allerdings einen Asylantrag



stellen möchte und hier leben will, darf unsere Werte und Gesetze nicht mit Füßen treten! Die Verantwortlichen für solche Ausschreitungen müssen schnell ins Visier genommen werden. Wir müssen die Voraussetzungen verbessern, kriminelle Ausländer leichter in ihre Herkunftsländer zurückzuführen.

Der große Zustrom Asylsuchender sorgt und ängstigt viele Menschen in unserem Land. Viele setzen sich wieder verstärkt mit Politik auseinander und stellen Fragen zur Zukunft unseres Landes. Diese Sorgen hören wir. Wir wollen die Koalition mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Wir schöpfen aus den Möglichkeiten eines starken Deutschlands. Wir wissen um unsere Verantwortung in der Welt und wir kennen unsere Grenzen. Neben unserer humanitären Verantwortung haben wir Verantwortung gegenüber unserem Land und den hier lebenden Menschen, deren Belastungsgrenze nicht unermesslich ist. Oft wird uns der Vorwurf entgegengebracht, wir würden uns nur noch mit den Nöten der Flüchtlinge befassen und die Probleme der Bevölkerung vernachlässigen. Hier müssen wir deutlich machen: dem ist nicht so!

Denen, die die Gunst der Stunde nutzen, um Hass und Rassismus zu verbreiten, treten wir entschieden entgegen. Selbstverständlich hat jeder das Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstrationsfreiheit. Wir appellieren aber an alle Menschen in unserem Land, verantwortungsvoll damit umzugehen. Gegen Hetze und Gewalt gehen wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates vor, gleich ob sie von ausländerfeindlichen Rechtsextremisten, Islamisten, Linksextremen oder anderen kommt.

Wir sind dankbar, dass sich viele Menschen in Hessen einsetzen, um Flüchtlingen zu helfen und den Zustrom zu bewältigen. Die vielen Ehrenamtlichen, die für die Flüchtlinge Essen ausgeben, Probleme lösen oder ihnen nur zuhören, sind eine große Hilfe und setzen durch ihre Herzlichkeit ein Zeichen für unsere Kultur und unsere Werte. Sie sind die stillen Helden dieser Zeit. Ohne ihren Einsatz wäre die Situation nicht zu meistern. Wir wissen aber auch, dass wir die vielen ehrenamtlichen Helfer nicht überstrapazieren dürfen. Deshalb müssen, wenn möglich, auch hauptamtliche Strukturen gestärkt werden. Die hessische CDU sagt allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfern ein herzliches Dankeschön.

Es ist die Aufgabe der Politik, diese Probleme zu lösen. In den vergangenen Wochen wurden unter Führung unserer Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden Angela Merkel bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die große Herausforderung zu bewältigen. Abschiebungen wurden deutlich erleichtert. Der Bund hat sich dazu verpflichtet, die Asylverfahren auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen. Zudem können künftig verstärkt Sach- statt Geldleistungen an die Flüchtlinge ausgegeben werden, um Fehlanreize zu beseitigen. Auch die Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ wurde um die Staaten Albanien, Montenegro und das Kosovo erweitert. Integrationsangebote sollen massiv ausgebaut und Schlepperbanden effektiver verfolgt werden. Auf europäischer Ebene wurden erste Schritte für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas unternommen.

All diese Lösungsansätze zeigen, dass die Politik handelt. Wir wissen, dass diese Maßnahmen nicht von heute auf morgen wirken. Aber sie werden ihre Wirkung zeigen. Wir wissen auch, dass das, was die CDU unter Führung von Angela Merkel im überparteilichen Konsens durchgesetzt hat, noch nicht ausreicht. Weitere Maßnahmen müssen geprüft und beschlossen werden. Dazu gehört eine interessengeleitete Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungshilfepolitik ebenso wie verstärkte Anstrengungen beim Grenzschutz, der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern, bei der Bekämpfung von Schlepperkriminalität und der Bekämpfung des Islamismus in Deutschland. Das zweite Asylpaket vom 5. November ist ebenfalls ein wichtiger Schritt, um die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen. Die geplante zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs von Menschen unter subsidiärem Schutz und die Bereitstellung von Aufnahme-Einrichtungen, die Personen aus sicheren Herkunftsländern schneller in ihre Heimat zurückschicken können, sind hierbei nur zwei von vielen Maßnahmen. Eine gewissenhafte Prüfung eines jeden einzelnen Asylantrags bleibt für uns selbstverständlich.

Auch muss das Ausländerrecht weiter überprüft und wenn nötig korrigiert werden, um unserer Verantwortung für Flüchtlinge und unserer Verantwortung für Deutschland gleichermaßen gerecht zu werden. Verfassungsrechtlich legitime Schranken des Asylrechts sind zu aktivieren, wenn dies zum Schutz und zur Wahrung der nationalen Identität gerechtfertigt ist. Eine wirksame Minderung von Fluchtanreizen und das Offenhalten einer konkreten Rückkehrperspektive für Flüchtlinge setzt außerdem eine Überprüfung der Möglichkeiten voraus, unter denen die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt werden kann.



Die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben für Hessen bereits zahlreiche Maßnahmen zur Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge und zum Erhalt der Sicherheit in Hessen in Angriff genommen und umgesetzt. Der Landesausschuss begrüßt diese Entscheidungen und den „Hessischer Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ ausdrücklich als wichtigen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen.

Die CDU hat bereits pragmatische und konstruktive Lösungsansätze gefunden, doch werden diese nicht die letzten gewesen sein. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns zu Recht, dass wir in der aktuellen Situation Führungsverantwortung für richtungsweisende, nachhaltige Lösungen übernehmen. Wir bleiben zuversichtlich, dass wir diese Herausforderung meistern werden!



## Zusammenhalt festigen – Werte verteidigen – Stärke zeigen!

Die islamistischen Mordattentate von Paris sind ein Angriff auf Frankreich und sie sind ein Angriff auf ganz Europa und die Werte, für die es steht. Wir vorbeugen uns vor den unschuldigen Opfern der grausamen Terroranschläge und deren Angehörigen. Wir trauern mit den Franzosen in dieser schweren Stunde und stehen fest an ihrer Seite.

Der versuchten Zerstörung unserer humanistischen, freien Gesellschaft, die geistige Brandstifter, Hassprediger und Fundamentalisten im Ausland und in Europa erdenken und die menschenverachtenden Schlächter des sogenannten Islamischen Staats mit Waffengewalt erkämpfen wollen, stehen stolze Nationen, Bürgerinnen und Bürger vereint entgegen. Wir wissen um die Verletzlichkeit unserer Freiheit. Aber wir sind nicht wehrlos. Deshalb sind wir entschlossen, die in langer leidvoller Geschichte errungenen Werte Europas entschlossen gegen seine Feinde zu verteidigen.

Auch der bestgerüstete Staat kann absolute Sicherheit nicht garantieren. In der CDU treten wir dafür ein, mit Maß und Mitte, klug, besonnen und entschlossen das Gebotene zu tun, um unsere staatliche Ordnung, unsere Werte und Kultur zu verteidigen. Freiheit und Sicherheit stehen in Spannung zueinander. In der Künzeller Erklärung vom 31. Januar 2015 haben wir Grundlagen unserer Politik formuliert. Für die CDU gehören Freiheit und Sicherheit untrennbar zusammen. Nur wenn Menschen in Sicherheit leben, können sie ihre Freiheit entfalten. Freiheit ist für die CDU niemals bloß Freiheit um ihrer selbst willen. Sie ist Freiheit in und zur Verantwortung. Um Leib und Leben, Eigentum und Freiheit der Menschen zu schützen, steht die CDU Hessen für einen starken Staat.

Die CDU steht für eine wehrhafte Demokratie und für starke Institutionen, die die Gesellschaft tragen. Dazu gehört die Familie als Keimzelle von Freiheit, Ordnung und Sicherheit, dazu gehören selbstbewusste Vereinigungen und Verbände, die Wirtschaft und ein handlungsfähiger Staat. Polizei, Verfassungsschutz und Militär sind unerlässlich, um Freiheit und Sicherheit gegen Bedrohungen und Gefahren abzusichern und zu verteidigen. Hier geht es nicht um Worte, sondern um konkrete politische Auseinandersetzungen. Die Bemühungen Hessens um eine starke Polizei und einen starken Verfassungsschutz sind hierfür Beleg. Mit dem Haushalt 2016 verstärken wir die Sicherheitsbehörden erneut personell. Die stärkere operative Ausrichtung des Verfassungsschutzes ist eine konkrete Antwort auf aktuelle Herausforderungen ebenso wie das bereits 2014 eingerichtete Präventionsnetzwerk gegen Salafismus, das wir im kommenden Jahr weiter ausbauen und spürbar stärken. Sicherheit ist aber nicht nur eine Frage von Personal. Die CDU steht immer dafür, auch die erforderlichen Befugnisse zu schaffen, damit die Sicherheitsbehörden effektiv arbeiten können. Schleierfahndung, Vorratsdatenspeicherung und Schärfungen des Strafrechts sind Beispiele konkreter Maßnahmen, die die CDU gegen manche Widerstände für die Bürgerinnen und Bürger erkämpft hat.

Die Illusion einer multikulturellen Gesellschaft muss der Erkenntnis weichen, dass ein friedliches Miteinander nur gelingt, wenn Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft sich unzweideutig auf unser Grundgesetz und den darauf beruhenden Wertekodex unserer Gesellschaft verständigen. Die CDU wird sich deshalb auch in Zukunft nicht scheuen, für das Notwendige einzutreten und im demokratischen Ringen um die besten Lösungen für Positionen eintreten, die Freiheit und Sicherheit zusammen stärken.

Wir bekräftigen heute, was wir schon in der Künzeller Erklärung niedergelegt haben: Die abscheulichen Taten von Terroristen sind nicht nur ein Angriff auf das Leben unschuldiger Menschen, sondern auch ein Akt des Terrors gegen die Freiheit, die Selbstbestimmung und die Menschenwürde. Diese universalen Werte der menschlichen Zivilisation zu verteidigen bedarf einer besonderen Form der Verantwortung, die zugleich den vielfältigen Ausdrucksformen eines gesinnungsethischen Pazifismus eine Absage erteilt. Siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges gilt es daran zu erinnern, dass auch Deutschland nur mit Waffengewalt vom Nationalsozialismus befreit werden konnte. Die richtigen Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg ziehen zu wollen heißt daher, Verantwortung zu übernehmen und den gegenwärtig unter Verfolgung, Krieg und Terror leidenden Völkern zur Hilfe zu kommen. Im Vordergrund stehen dabei immer zuerst präventive Maßnahmen der Entwicklungshilfe und humanitäre Einsätze und als ultima ratio auch Waffenlieferungen und militärische Interventionen, um Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht tatenlos zuzusehen.



Ein Blick in die Welt lehrt: Europa ist trotz aller Gefahren und Gefährdungen ein Bollwerk der Sicherheit und ein Leuchtturm der Freiheit. Dem sind wir verpflichtet und wissen uns dabei in der Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Unsere Werte zu verteidigen, kann nur gelingen, wenn die Gesellschaft zusammenrückt. Wir dürfen die Gesellschaft nicht spalten lassen. Extremismus gleich welcher Couleur erteilen wir eine Absage. Wir dürfen aber auch nicht das Notwendige unterlassen und das Fürchterliche beschweigen. Konkrete Politik beginnt für uns mit einer klaren Erkenntnis der Wirklichkeit. Wir können dabei auch erkennen, dass es gerade viele friedliebende Muslime sind, die weltweit Opfer der barbarischen Verfolgung durch islamistische Terroristen werden. Viele Flüchtlinge kommen gerade aufgrund der Verbrechen des Islamischen Staats in Syrien nach Europa. Der Schulterschluss mit den friedliebenden Muslimen in unserem Land und in der Welt gehört damit ebenso selbstverständlich zu christdemokratischer Politik wie unser Eintreten für das Bündnis mit unseren europäischen Freunden und mit den Vereinigten Staaten. Zusammenstehen gegen den Terror heißt auch, weiter das Gespräch mit Russland zu führen und zusammenzurücken in der internationalen Staatengemeinschaft.

Wir festigen den Zusammenhalt, wir verteidigen unsere Werte und wir zeigen Stärke. Das ist unsere Antwort auf die Anschläge verbrecherischer Islamisten.



CDU Hessen | Alfred-Dregger-Haus  
Frankfurter Str. 6 | 65189 Wiesbaden  
Tel.: (0611) 1665 0 | [cduhessen.de](http://cduhessen.de)